



II-4895 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

353.110/69-III/4/86

18. November 1986

2309/AB

1986 -11- 20

zu 2357/J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Khol und Kollegen haben am 8. Oktober 1986 unter der Nr. 2357/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Versuch einer Vermittlertätigkeit zwischen den USA und der USSR gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist der Zeitungsbericht zutreffend, daß Sie ein Schreiben von Generalsekretär Michael Gorbatschow erhielten?
2. Wie lautet dieses Schreiben im Wortlaut?
3. Wie lautet Ihr Antwortschreiben?
4. War diese Initiative mit den Regierungen der anderen genannten neutralen Staaten abgesprochen?
5. War diese Initiative mit dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten abgesprochen?
6. Haben Sie auf formellen oder informellen Wegen die andere involvierte Seite von diesem Schritt informiert?
7. Halten Sie es für sinnvoll, sich unaufgefordert als Vermittler anzubieten, gerade im Hinblick auf die Erfahrungen, die Ihr Vorgänger, Bundeskanzler a.D. Dr. Bruno Kreisky, bei ähnlichen Initiativen im Zusammenhang mit dem Nahostproblem machen mußte?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

- 2 -

Zu Frage 1:

Der sowjetische Vizeaußenminister Adamischin hat am 14. Juli 1986 bei mir vorgesprochen. Er überbrachte mir als Sonderbeauftragter von Generalsekretär Gorbatschow einen "Mündlichen Appell" zu Abrüstungsfragen und ersuchte hiezu um eine Stellungnahme. Ich sagte Vizeaußenminister Adamischin zu, daß nach eingehendem Studium des Appells dessen Beantwortung auf dem üblichen diplomatischen Wege, das heißt durch die Österreichische Botschaft Moskau, erfolgen werde.

Zu Frage 2:

Ich lege die von sowjetischer Seite angefertigte Arbeitsübersetzung des Appells bei.

Zu Frage 3:

Es sei darauf hingewiesen, daß mein Antwortschreiben an Generalsekretär Gorbatschow am 30. August 1986 in der "Wiener Zeitung" veröffentlicht wurde. Ich lege dennoch eine Kopie meines Briefes bei.

Zu Frage 4:

Es ist mir nicht ersichtlich, welche Initiative ich mit den Regierungen der neutralen Staaten hätte absprechen sollen. Mein Antwortschreiben enthält lediglich eine Darlegung der österreichischen Position zu den im Appell aufgeworfenen Abrüstungsfragen.

Zu Frage 5:

Selbstverständlich erging mein Antwortschreiben im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

- 3 -

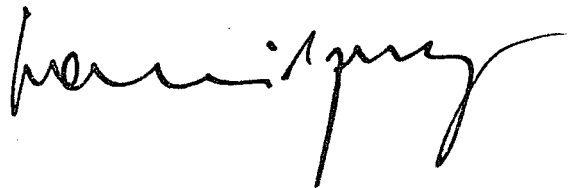
Zu Frage 6:

Hiezu verweise ich auf meine Antwort zu Frage 4.

Zu Frage 7:

Zunächst möchte ich richtigstellen, daß weder ich noch Bundeskanzler a.D. Dr. Bruno Kreisky jemals unaufgefordert Vermittlerdienste angeboten haben und ich verwahre mich in diesem Zusammenhang gegen den Versuch, die Verdienste eines großen Außenpolitikers der 2. Republik zu schmälern, wie dies in der Formulierung dieser Frage offenbar versucht wird.

Ich möchte aber ebenso mit aller gebotenen Klarheit festhalten, daß ich es für richtig und nützlich, ja notwendig erachte, eine klare und eindeutige Position Österreichs zu Abrüstungsfragen zu artikulieren und diese Position auch in den internationalen Verhandlungsprozeß einzubringen. Hier werden sehr relevante und konkrete Sicherheitsinteressen unseres Landes angesprochen, denen wir durch vornehme Zurückhaltung wohl kaum gerecht werden können. Ich sehe es daher sehr wohl als Aufgabe an, daß Österreich aktiv am internationalen Verhandlungsgeschehen in den Fragen der Abrüstung teilnimmt, seine eigenen Sicherheitsinteressen vertritt und dabei keine Möglichkeit ungenützt läßt, die Verhandlungen in Gang zu halten, bzw. durch eigene Initiativen und Vorschläge weiterzubringen.



Inoffizielle Übersetzung

TEXT DES MÜNDLICHEN APPELLS VON M.S.GORBATSCHOW

Ich möchte Ihnen einige Überlegungen in Zusammenhang mit einer Reihe akuter Fragen der gegenwärtigen Weltpolitik mitteilen. Der Beschluss, sich direkt an Sie zu wenden, ist von dem Bewusstsein der Bedeutungsschwere der gegenwärtigen Zeitspanne, der vordringlichen Notwendigkeit, im Gang des Weltgeschehens eine jähe Wendung zum Besseren herbeizuführen, das reale Vorwärtskommen zum sicheren und beständigen Frieden einzuleiten, eingegeben. Wir gehen davon aus, dass allein Worte und Deklarationen dem zugunsten schon ungenügend sind. Die Zeit ist reif für konkrete Massnahmen, entschiedene Bemühungen aller Staaten die materielle Vorbereitung des nuklearen Krieges einzustellen, mit der Bildung des allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit, vor allem durch Abrüstung zu beginnen. Ebendies ist der Hauptsinn unserer Erklärung vom 15. Januar d.J., des Gebots, das der sowjetischen Aussenpolitik vom XXVII. Parteitag der KPdSU auferlegt worden ist.

Wir sind nicht naiv und haben daher nicht erwartet, dass die Verwirklichung derart radikaler Aufgaben reibungslos vonstatten gehen würde. Wir jedoch sind fest entschlossen, den aufladenden Schuss der Ideen in die Sprache praktischer Handlungen sowohl im nuklearen, als auch im konventionellen Bereich umzusetzen.

Wir haben beschlossen, zuallererst den Weg zur Erzielung gegenseitig annehmbarer Abkommen bei den Genfer Verhandlungen mit den USA bezüglich nuklearer und Weltraumwaffen freizulegen. Wie es Ihnen bekannt ist, sind diese Verhandlungen, trotz des von uns gemeinsam mit Präsident Reagan geäusserten Strebens sie zu beschleunigen, doch nicht weitergekommen, womit uns keineswegs gedient ist. Darum haben wir unlängst verbindungsmitgliedartige Kompromissvorschläge eingebracht, die in Vielem der Position der USA entgegenkommen. Ihr Wesen besteht darin, dass man über die Rahmen des ABM-Vertrags 1972 zumindest 15 Jahre nicht hinausgeht, wobei die Grenze der zugelassenen Arbeiten auf dem Gebiet der Raketenabwehr bei dem Niveau der Laborforschungen gezogen wird. In diesen Bedingungen schlagen wir vor, einen grossen Übergangsschritt auf dem Wege zur Verwirklichung

des Vorschlages über die Reduzierung der nuklearen Rüstungen der Seiten um die Hälfte zu machen: auf Grundlage der Beidseitigkeit die Niveaus der strategischen Angriffswaffen (interkontinentale landgestützte ballistische Raketen, U-Boot-gestützte ballistische Raketen, strategische Bomber) wesentlich zu senken, wobei auf der Einbeziehung der nuklearen Mittel mittlerer Reichweite, die jeweils das Territorium der anderen Seite erreichen können, nicht beharrt wird. Falls es in Washington einen wirklichen Wunsch Vereinbarungen zu erzielen gibt, sollten dies Vorschläge mit keinerlei Schwierigkeiten für die amerikanische Seite verbunden sein, könnten einen raschen Fortschritt in den Verhandlungen gewährleisten, der so notwendig nicht nur für die UdSSR und USA, sondern auch für europäische Länder, für den allgemeinen Frieden ist.

Und nun zu konventionellen Rüstungen. Wir, wie auch andere Europäer sind über ihr anwachsendes Potential besorgt. Gemeinsam mit unseren Verbündeten nach dem Warschauer Vertrag haben wir einen realistischen und konkreten Weg der Behebung dieser allgemeinen Besorgnis vorgeschlagen, und zwar einen detaillierten Plan der Reduzierung der Streitkräfte und konventioneller Rüstungen in ganz Europa. Ist dieser Plan auch eine gewichtige Ergänzung unseres Programms der etappenweisen nuklearen Abrüstung, so besitzt er gleichzeitig auch eine selbstständige Bedeutung, seine Realisierung würde die militärische Gefahr auf dem Kontinent wesentlich verringern.

Noch eine akut gewordene Frage, an deren Lösung die Europäer traditionell ein besonderes Interesse zeigen - die des Verbots der chemischen Waffen. Wir haben einen ganzen Komplex neuer Vorschläge, die alle notwendigen Voraussetzungen für den Abschluss in aller nächster Zukunft einer internationalen Konvention über die vollständige Liquidierung dieser barbarischen Massenvernichtungswaffen, sowie der industriellen Basis für deren Erzeugung an sich schaffen, eingebracht.

Ich möchte besonders betonen, dass alle von uns vorgeschlagenen Massnahmen für eine sichere und wirksame Kontrolle tauglich sind. Wir treten für den Einsatz aller möglichen Formen der Kontrolle ein, sowohl der nationalen technischen Mittel, als auch der internationalen Verfahren, einschliesslich Inspektionen vor Ort. Unsere konkreten Vorschläge diesbezüglich lösen das Problem der Kontrolle vollständig, falls, natürlich, die Ausarbeitung entsprechender Vereinbarungen wirklich angestrebt wird.

3.

Dies kommt besonders anschaulich am Beispiel der Frage der Einstellung der Nukleartests zum Ausdruck. Jetzt kann niemand mehr Zweifel daran haben, dass der Kernpunkt der Sache nicht in irgendwelchen Kontrollschwierigkeiten, auf die man sich jahrelang berief, liegt. Der Augenblick der Wahrheit, wo man sich entweder für die weitere Vervollkommnung der Kernwaffen, unter anderem auch für "Sternenkriege", oder für die Zügelung des nuklearen Wettstreits entscheiden muss, ist gekommen. Wir haben unsere Wahl getroffen. Ebendavon zeugt noch eines: die Verlängerung unseres Moratoriums, das jedoch, wie Sie verstehen, nicht ewig einseitig bleiben kann. Wir möchten hoffen, dass die Stimme der Vernunft zugunsten Einstellung und Verbot der Nukleartests, die mehrmals auch von den westeuropäischen Hauptstädten zu vernehmen war, immer eindringlicher ertönen und schliesslich auch in Washington gehört wird.

Der in Ihr Land entsandte Sondervertreter ist bevollmächtigt, Erläuterungen zu allen von mir angesprochenen Fragen, sowie solchen, die in Zusammenhang mit dem Inhalt der neuen sowjetischen Vorschläge entstehen können, zu geben.

Wien, am 13. August 1986

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Ich möchte Ihnen für die Übermittlung Ihres Appells betreffend Fragen der Abrüstung danken, der mir in Ihrem Auftrag am 14. Juli d.J. übergeben wurde.

Österreich mißt der Frage der Abrüstung eine wesentliche Bedeutung im Rahmen der Politik der Erhaltung und Sicherung des Friedens bei. Die Tatsache, daß im Jahre 1986 der Prozeß der internationalen Abrüstungsdebatte neue Impulse erfahren hat, wurde in Österreich mit starker Aufmerksamkeit und großem Interesse vermerkt. Österreich selbst verfolgt die Politik, diesen Prozeß zu fördern und durch konstruktive Mitarbeit positiv zu beeinflussen.

In diesem Prozeß, der auf vielen Ebenen stattfindet, spielen die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in Genf über nukleare und Weltraumwaffen eine wesentliche Rolle. Das überragende Gewicht der militärischen Potentiale dieser beiden Staaten bringt es mit sich, daß ihr wechselseitiges Gleichgewicht eine Voraussetzung für ein globales Gleichgewicht darstellt, auf dem der Bau einer universalen Friedensordnung Bestand haben kann.

./.

S.E.

Herrn Michail Gorbatschow
Generalsekretär des
Zentralkomitees der KPdSU

M o s k a u

- 2 -

Dieses globale Gleichgewicht soll nach österreichischer Auffassung auf möglichst tiefem militärischen Niveau hergestellt werden. Diese Forderung beruht auf der Erkenntnis, daß die überflüssige Anhäufung von Waffen die Stabilität verringert und gefährdet, aber auch auf dem Glauben, daß in einer Zeit, in der ein so hoher Prozentsatz der Menschheit in Armut lebt und vielfach die bescheidensten menschlichen Bedürfnisse nicht befriedigen kann, unnötige Rüstungsausgaben, insbesondere solche die durch ein Weiterdrehen der Rüstungsschraube verursacht werden, eine unverantwortliche Vergeudung der Ressourcen der Menschheit darstellen.

Österreich erwartet daher, daß bei den Genfer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten die Erkenntnis fruchtbar wird, daß die Anhäufung von Waffen, insbesondere von nuklearen Waffen, keinem rationalen Ziel der Außenpolitik dienen kann. Im nuklearen Zeitalter hat zwar der Wettstreit zwischen den Staaten, was Interessen und Ideen betrifft, nicht aufgehört, eine wesentliche Triebkraft der menschlichen Geschichte zu sein. Es wurde diesem Wettstreit aber durch das Wissen um die der Menschheit verfügbare Zerstörungskraft ein strenger Rahmen gesetzt, auf dessen Überschreitung die Sanktion einer globalen Katastrophe steht.

- 3 -

Ihr Vorschlag, Herr Generalsekretär, vom 15. Jänner d.J., die nuklearen Waffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu beseitigen, entspricht nach österreichischer Ansicht diesen grundsätzlichen Überlegungen. Er hat daher in Österreich ein positives Echo gefunden. Mit gleichem Interesse verfolgt Österreich die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über nukleare Abrüstung in Genf. Der enge Zusammenhang zwischen der Reduktion der strategischen Waffen und dem Fragenkomplex, der sich aus neuen, den Weltraum betreffenden Technologien ergibt, wird von Österreich erkannt. Nach österreichischer Ansicht ist es dringend geboten, daß alles vermieden wird, was zu einseitigen Schritten führen würde, die dann autonome Rüstungsmaßnahmen der anderen Seite zur Folge hätten. Als einen wichtigen Beitrag zu einer Verhandlungslösung hat Österreich Ihren Vorschlag zur Festschreibung des ABM-Vertrages für eine festgelegte Zeit begrüßt. Im gleichen Sinn hat Österreich Ihren Vorschlag bezüglich einer Differenzierung innerhalb des Begriffes der einschlägigen Forschung im Hinblick auf einen noch zu vereinbarenden Rahmen ihrer Zulässigkeit zur Kenntnis genommen.

Im besonderen erscheint es Österreich nützlich, daß es im Sinne Ihrer Vorschläge betreffend die Abgrenzung der strategischen Nuklearwaffen nun möglich erscheint, über nukleare Waffen mittlerer Reichweite ein Abkommen abzuschließen, sobald über diesen Verhandlungsgegenstand Übereinstimmung

- 4 -

erzielt wird, ohne daß eine solche Willens-
übereinstimmung von umfassenderen Vereinbarungen
abhängig gemacht wird.

Österreich hat an dieser Frage
stets ein besonderes Interesse genommen. Jedermann
in Österreich ist sich der Tatsache bewußt, daß
unser dauernd neutraler Staat in der Mitte der
beiden stärksten Militärallianzen liegt, die die
Weltgeschichte kennt. Es ist verständlich, daß
das österreichische Volk an der Beseitigung von
nuklearen Waffen, die in unserer unmittelbaren
Nachbarschaft aufgestellt sind, besonders
interessiert ist.

Was die Reduzierung der konventionellen
Rüstungen betrifft, bemüht sich Österreich ein guter
Gastgeber für die Wiener Verhandlungen zu sein, bei
denen seit mehr als einem Jahrzehnt über diesen
Gegenstand - leider erfolglos - beraten wird.
Österreich glaubt, daß auf dem Gebiet der
konventionellen Abrüstung auch den neutralen
und paktungebundenen europäischen Staaten eine
Rolle zukommt. Wir haben daher bei der Konferenz
über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung
in Europa, deren erste Phase, wie wir hoffen,
demnächst in Stockholm mit einem positiven
Ergebnis schließen wird, aktiv mitgewirkt.
Österreich hofft, daß das Wiener Folgetreffen
der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit

- 5 -

in Europa in der Lage sein wird, positive Beschlüsse bezüglich der weiteren Arbeiten der Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zu fassen, sodaß die Fragen der konventionellen Abrüstung in Europa in einem gesamteuropäischen Rahmen behandelt werden können.

Was die Beseitigung der chemischen Waffen betrifft, teilt Österreich die Auffassung, daß die Voraussetzungen für den baldigen Abschluß einer internationalen Konvention über die Liquidierung dieser Waffen, die im Hinblick auf ihre Massenvernichtungskraft mit Recht Atombomben des kleinen Mannes genannt wurden, und über das Verbot der Erzeugung solcher Waffen bestehen. Österreich hat sich kürzlich in diesem Sinne in der multilateralen Abrüstungskonferenz in Genf ausgesprochen.

Österreich begrüßt mit besonderer Genugtuung, daß im Laufe dieses Jahres Entwicklungen eingetreten sind, die es wahrscheinlicher erscheinen lassen, daß die Fragen einer adäquaten Kontrolle, die sich im Zusammenhang mit Abrüstungsabkommen ergeben, eine befriedigende Lösung finden werden. Österreich glaubt, daß neutrale Staaten auf diesem Gebiet eine spezifische nützliche Rolle spielen können, und ist bereit, solche Aufgaben zu übernehmen, wenn es darum ersucht wird.

